



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbands vom 10. März 2009

Gespräche mit der EU: Prioritäten richtig setzen

Der Bundesrat verhandelt zurzeit mit der EU über ein Freihandelsabkommen Landwirtschaft. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) lehnt ein solches strikt ab. Er verlangt stattdessen, dass die nicht-tarifären Handelshemmnisse abgebaut werden, um das bestehende Exportpotential ausnutzen zu können. In einem Schreiben an Bundesrätin Doris Leuthard hat der SBV die bestehenden nicht-tarifären Handelshemmnisse aufgelistet.

Der Bund hat im November 2008 die Verhandlungen mit der EU für ein umfassendes Freihandelsabkommen für die Ernährungswirtschaft aufgenommen. Damit ist in erster Linie die gegenseitige Aufhebung der Zölle (Tarife) gemeint, welche als grösste Handelshemmnisse gelten. Der Export von Agrargütern wird aber auch – wie die bilateralen Verträge mit der EU zeigen – durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse beschränkt. Diese verhindern oder erschweren den Export erheblich, obwohl keine Zölle erhoben werden.

In seinem Positionspapier zur Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU im Agrarbereich vom letzten Herbst stellte sich der SBV auf den Standpunkt, dass in einem ersten Schritt diese nicht-tarifären Handelshemmnisse beseitigt werden müssen. Bei zahlreichen Produkten bestehen zollfreie Exportkontingente, die heute nicht ausgenutzt werden.

Eine Umfrage des SBV bei den Fachorganisationen und der Landwirtschaft nahe stehenden Exporteuren hat gezeigt, dass der Export in die EU durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse beachtlich behindert wird. Der SBV hat diese aufgelistet und beschrieben. Sie reichen von technischen Normen, Standards und Verbraucherbestimmungen über Behinderungen bei der Zollabfertigung von anderen administrativen Beschränkungen bis hin zu diskriminierender Anwendung der Mehrwertsteuer und Lizenzvorschriften. Die Liste ist nicht abschliessend, da nicht-tarifäre Handelshemmnisse oft willkürlich sind, sich ändern und zum Teil nur einzelne EU-Länder oder Zollstationen betreffen. Wichtig ist insbesondere zu verhindern, dass immer neue und individuelle nicht-tarifäre Handelshemmnisse aufgebaut werden.

Der SBV hat seine Liste der bestehenden nicht-tarifären Handelshemmnisse der zuständigen Bundesrätin Doris Leuthard zugestellt. Er erachtet es als vordringlich, im Gespräch mit der EU diese Probleme zuerst zu lösen.

Rückfragen:

Heidi Bravo, Stab Internationales, Mobiles 078 681 86 06

Sandra Helfenstein, Mediensprecherin SBV, Tel. 056 462 52 21, Mobile 079 826 89 75

www.sbv-usp.ch